

Pro- und Kontra zum EU-Konstitutionsvertrag

Der zur Wahl vorgelegte Vertragsentwurf soll angeblich alle vorangegangenen Etappen der Europaentwicklung zusammenfassen, von der EGKS an über die EWG und die EG bis hin zur heutigen EU.

So weit, so gut. Auch die hehren Ziele der EU wie Erweiterung, Aufstieg zur weltweit stärksten Wirtschaftsmacht, Befreiung aus den Klauen der amerikanischen Hegemonie, Weltfriedenssicherung, kann man mit zwei Händen unterschreiben, mit der Einschränkung, dass Letzteres nicht durch Militäreinsatz und drastische Erhöhungen der Militärausgaben, wie im Vertragstext angemahnt, erfolgen darf.

Die Rede geht nämlich für Luxemburg von einer Erhöhung des Militäretats von 0,4% auf 1,2% des BSP, was wohl kaum akzeptierbar wäre!

Zu hinterfragen wäre, hinsichtlich der erfolgten Entwicklung der Gemeinschaft, ob denn da auch der Geist der Gründer der Europaidee mit dieser Entwicklung Schritt gehalten hat?

Und da gibt es Zweifel:

Geht man nämlich davon aus, dass die Grundbedürfnisse des schaffenden Menschen, wie gesichertes Arbeitseinkommen zum Unterhalt der Familie und eine geeignete Wohnung zu deren Unterbringung, einst und heuer nicht geändert haben, stellt sich die berechtigte Frage, warum denn diese Grundbedürfnisse nicht als Grundrechte im Konstitutionsvertrag festgeschrieben sind?

Es geht darin lediglich die Rede von einem „Recht zu arbeiten“, was wie ein Affront klingt gegenüber den zig Millionen Arbeitslosen die in der Gemeinschaft auf Arbeitssuche sind!

Abwürdigend und unannehmbar ist zudem dass der Vertrag den Arbeitnehmer, wie eine gemeine Ware, einem sakrosankten erbarmungslosen freien Marktwettbewerb unterstellt, der ihn in ständige Angst und Bange um seinen Arbeitsplatz und ins Unvermögen versetzt, Zukunftsplanungen für sich und die Familie vorzunehmen.

Hier scheint die Logik wirklich Kopf zu stehen: Anstatt dass die Wirtschaft zu Diensten des Menschen stehen soll, steht hier der

Mensch zu Diensten der Wirtschaft, sprich der Geld- und Wirtschaftsbosse, die sich mit astronomischen Managerentgelten und Abgangsentschädigungen segnen dürfen.

Aus sind demnach die Zeiten in denen Unternehmen ihren Angestellten gesicherte Arbeitsplätze samt Wohnung bzw. Wohnungsgeld und gegebenenfalls auch Heizungsgeld gewährten, und sie bei langjähriger Betriebstreue mit Sonderbegünstigungen wie z.B. betriebliche Zusatzrenten belohnten.

Ja, der Zeitgeist ändert, und so sind wir von einem damaligen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz beim heutigen sogenannten „Heuschreckenkapitalismus“ gelangt, der, wie es ein Prominenter im Nachbarland Deutschland angesichts der Betriebs-Auslagerungen ausgedrückt hat, wie Heuschrecken über die Unternehmen herfällt, sie abgrast, und weiterzieht ohne einen Gedanken an die Menschen zu verschwenden deren Arbeitsplätze er vernichtet...!

Der vorliegende Verfassungsentwurf enthält nichts, was solche Entwicklungen aufhalten

könnte. Im Gegenteil: In manchen seiner Paragraphen spürt man deutlich den Geist der sogenannten „Bolkestein-Direktive“ heraus, auch wenn diese nicht ausdrücklich im Vertrag erwähnt ist.

Drin steht indessen dass der öffentliche Dienst umbenannt wird in „Services d'intérêt économique général“ was das auch immer bedeuten soll...?!

Und nach Geheiss der Brüsseler Kommission sollen Gemeinden wie Privatunternehmen funktionieren.

Ob nun das sich in der Bevölkerung breitgemachte Unbehagen Brüssel oder den Mitgliedstaaten zuzuschreiben ist, wie manche glauben das differenzieren zu müssen, ist unwichtig.

Erstaunlich ist allerdings, wie Eliten aus Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften, von rechts oder von links, geschlossen den unseligen Verfassungsvertrag demonstrativ befürworten, auf die Gefahr hin sich nicht in Phase zu befinden mit ihrem Wahlvolk.

Bert Rota